

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postcheckkonto Dresden 2640

Arbeitslohn mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 20, durch unsere Auslieferung zugesendet in der Stadt monatlich 20, auf dem Lande 20, durch die Post bezogen vierwöchentlich 20 mit Zustellungsgebühr. Alle Postausgaben und Postgebühren sowie unsere Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Steuern, Krieg oder sonstiger Verhältnisse hat der Bezugsnehmer seinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abgabe des Bezugspreises.



Inserionspreis 1.50 M. für die 6spaltige Kopfzeile oder deren Raum, Resten, die 2spaltige Kopfzeile 3.50 M. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2spaltige Kopfzeile 4.50 M. Nachweisungs-Gebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis 10 Uhr. Für die Abgabe der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Anzeigenrückruf erfolgt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Ruchlos gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Bässig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 281

Freitag den 2. Dezember 1921.

80. Jahrgang.

## Ämtlicher Teil.

**Brenntorf,** Zentner 15 Mark. — Auf Wunsch Lieferung ins Haus. Bestellungen vom 2. bis 5. d. M. Zimmer 2. Bei der bevorstehenden Kohlennot wird Eindeckung dringend empfohlen.  
Wilsdruff, am 30. November 1921. Der Stadtrat.

## Grumbach.

Bei der am 27. November 1921 stattgefundenen Gemeindevertreterwahl sind die nachstehenden Gemeindeglieder gewählt worden:

### Wahlvorschlag I.

- |                                |         |
|--------------------------------|---------|
| 1. Erich Mittag, Schlosser,    | Nr. 56, |
| 2. Otto Opitz, Fabrikarbeiter, | " 66,   |

### Wahlvorschlag II.

- |                                       |          |
|---------------------------------------|----------|
| 1. Arthur Umlauf, Fuhrmann,           | Nr. 23,  |
| 2. Billy Gebhardt, Ziegeleibesitzer,  | " 149,   |
| 3. Oskar Wäsig, Wirtschaftsbesitzer,  | " 147 B, |
| 4. Heinrich Ritter, Schneidermeister, | " 89,    |
| 5. Albin Kaiser, Erbgerichtsbesitzer, | " 13,    |
| 6. Kurt Götterich, Schulleiter,       | " 96 B,  |
| 7. Richard Köhlig, Gutsbesitzer,      | " 137.   |

### Wahlvorschlag III.

- |                                   |         |
|-----------------------------------|---------|
| 1. Hermann Jemer, Fabrikarbeiter, | Nr. 88, |
| 2. Hermann Krehl, Tischler,       | " 33,   |
| 3. Hugo Klunker, Lactierer,       | " 123.  |

Grumbach, am 30. November 1921.

Der Wahlkommissar.  
Gemeindevorstand Schulze.

## Bekanntmachung.

Infolge der enormen Steigerung des Strombezuges durch Kohlen- und Betriebsvertheuerung während der letzten Monate hat sich der Aufsichtsrat in seiner Sitzung vom 4. November 1921 veranlaßt gesehen, zwischenzeitlich die Ackerpauschalpreise zu erhöhen. Es gelten daher für das letzte Halbjahr des Abrechnungsjahres 1921/22 nachfolgende Pauschalpreise:

für 4 Acker 100 Mt.,	für 18 Acker 280 Mt.,	für 22 Acker 460 Mt.,
5 " 120 "	14 " 300 "	23 " 480 "
6 " 140 "	15 " 320 "	24 " 500 "
7 " 160 "	16 " 340 "	25 " 520 "
8 " 180 "	17 " 360 "	26 " 540 "
9 " 200 "	18 " 380 "	27 " 560 "
10 " 220 "	19 " 400 "	28 " 580 "
11 " 240 "	20 " 420 "	29 " 600 "
12 " 260 "	21 " 440 "	30 " 620 "

Die sich ergebende Preisdifferenz für das zweite Halbjahr 1921/22 wird mit der Stromrechnung für Januar/Februar 1922 einmalig in einer Summe eingefordert.

Gröba, den 4. November 1921.

Der Aufsichtsrat des Elektrizitätsverbandes Gröba.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Eine englische Note regt die Aufhebung der militärischen Sanktionen am Rhein an.

\* Der Dollar sank an der Berliner Wirtwochsbörse wesentlich und ging bis auf 239 Mark zurück.

\* Das englische Kabinett hat auf Grund der Vorschläge, die Rathenau überbracht hat, über die Moratoriumsfrage beraten. Die führende englische Geschäftswelt tritt für den Zahlungsausschub ein.

\* Churchill machte den Vorschlag eines Abkommens zwischen England, Frankreich und Deutschland über die internationalen Wirtschaftsverträge.

\* Lloyd George wird in den nächsten Tagen eine Unterredung mit dem russischen Vertreter Krasin haben.

\* Die interalliierten Truppen für den Ebnburger Abkommensvertrag in Westungarn soll zu gleichen Teilen aus Italienern, Franzosen und Engländern bestehen, die aus Oberschlesien herausgezogen werden sollen.

\* Nach unbefriedigenden Meldungen beschäftigt Lenin, für Rußland die Wahl einer konstituierenden Versammlung stattfinden zu lassen.

## Rathenau und Lloyd George

Englische Kabinettsberatung über den Zahlungsausschub.

Der als Vorschlag des englischen Mitgliedes der Reparationskommission aufgetauchte Plan, der deutschen Regierung für ihre Zahlungen nach dem 15. Januar einen Aufschub von 2-3 Jahren zu gewähren, nimmt rasch festere Formen an. Der Aufenthalt Dr. Rathenau's in London gibt Anlaß zu vielerlei Meldungen, nach denen auf Grund der Besprechungen des früheren Außenministers mit führenden englischen Politikern die Verwirklichung eines solchen Moratoriums als

so gut wie gesichert

gelten könne. Von vornherein sei jedoch dazu bemerkt, daß alle diese Mitteilungen aus ausländischen Blättern stammen und von deutscher amtlicher Stelle als „höflich kontrollierbar“ bezeichnet werden, ganz abgesehen davon, daß solche teils voreilige, teils falsche Meldungen die Pläne selbst empfindlich stören können. Man wird daher die Nachrichten zunächst mit etwas Vorbehalt aufnehmen müssen, daß Rathenau von Lloyd George selbst empfangen werden soll, daß Lloyd George selbst lebhafte für den Zahlungsausschub eingetreten sei, daß auf die Beratung des Moratoriums neue Pläne zur völligen Neugestaltung der europäischen Finanzlage folgen sollen und daß schließlich die Absicht besteht, Deutschland im wesentlichen auf der Basis von Sachleistungen seinen Verpflichtungen nachkommen zu lassen. Alle diese Dinge sind, wie gesagt, völlig in der Schwebe, und niemand weiß, was in drei Tagen davon noch wahr sein wird. Größere Wahrscheinlichkeit spricht schon dafür, daß die Engländer die Durchführung solcher Pläne an

sehr scharfe Bedingungen

knüpfen. Diese sollen angeblich folgende Punkte enthalten: 1. Die deutschen Finanzen werden innerhalb zweier Jahre revidiert. 2. Scharfe Maßnahmen gegen die Papiergeld-Inflation. 3. Eine alliierte Aufsichtskommission über die deutschen Finanzen wird in Berlin errichtet. Frankreich verhält sich zu allen diesen Vorschlägen durchaus ablehnend, aber das würde wenig schaden, da Beschlüsse dieser Art im Obersten Rat keiner Einkünfte bedürfen. Es heißt, daß England einen

Verhandlungsversuch mit Frankreich bereits eingeleitet habe. Jedenfalls wird nach Rathenau's Absicht wahrscheinlich zuerst eine Besprechung englischer und französischer Finanzfachverständiger stattfinden. Reist Lloyd George am 3. Dezember nach Washington, so wird er den ganzen Verhandlungsplan dorthin mitnehmen, um ihn auch von der amerikanischen Regierung genehmigen zu lassen.

## Teuerung, Wucher und Schleichhandel

Die bevorstehenden Maßnahmen.

Die Beratungen im Reichskabinett zur Bekämpfung der üblen Erscheinungen in bezug auf die Volksernährung sind beendet. Den gesetzgebenden Körperschaften soll unverzüglich eine Vorlage unterbreitet werden, welche die Veröffentlichung sämtlicher Verurteilungen wegen Schleichhandels und Preistreibern durch die Presse vorschreibt. Bei Verurteilungen wegen schwerer Fälle (Gesängnis über drei Monate) ist außerdem Veröffentlichung durch Anschlag vorgesehen.

Ferner beschloß das Kabinett, die bestehenden Preisprüfstellen durch Kommissionen zu ersetzen, wie sie sich in manchen Städten bereits gebildet haben. Diesen Kommissionen sollen neben Vertretern der Verbraucher auch Vertreter der Gewerkschaften angehören. Die Preisprüfstellen werden alsbald Anweisungen zu entsprechendem Vorgehen gegen den Wucher erhalten.

Zur Besserung der Milchversorgung werden in dem Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft vierhundert Millionen Mark bereitgestellt werden, und zwar für solche Gemeinden, in denen die Milchversorgung besonders notleidet, das heißt, wo der Milchbedarf nur bis zu einem bestimmten, noch festzusetzenden Bruchteil gedeckt ist. Von den 400 Millionen Mark sollen je 1/2 die in Betracht kommenden Länder und Gemeinden ausbringen. Soweit die Gemeinden hierzu nicht in der Lage sind, soll das Reich auch die von den Gemeinden nicht aufzubringenden Mittel übernehmen.

### Kartoffelnot — Ausfuhrsperrn rechtsungültig.

Mit Rücksicht auf die lebhaften Beschwerden, die noch immer seitens der Verbraucher aus den wichtigsten Verbrauchsbezirken über eine unzureichende Anfuhr von Kartoffeln einlaufen, sind die Regierungen der Länder von dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ersucht worden, in den Erzeugergebieten Verhandlungen zwischen Landwirtschaft, Handel und Verbrauchern einzuleiten zu dem Zweck, den unmittelbaren Abschluß von Lieferungsverträgen herbeizuführen. Als Preise sollen nach Möglichkeit die in den Erzeugergebieten von den örtlichen Kommissionen ermittelten Angemessenheitspreise zugrunde gelegt werden. Weiter darf mit Rücksicht darauf, daß noch immer Beschwerden über von einzelnen Behörden angeordnete Anfuhrsperrn laut werden, nochmals darauf hingewiesen werden, daß seitens des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft die Zustimmung zu dem Erlaß von Ausfuhrverboten einzelner Behörden für Kartoffeln niemals erteilt worden ist. Soweit solche Maßnahmen, sei es mittelbar oder unmittelbar, getroffen sind, entbehren sie der Rechtsmäßigkeit. Schadenersatzansprüche von Personen, die durch solche Ausfuhrverbote geschädigt sind, sind bereits im Prozeßwege erhoben worden.

## Aufhebung der militärischen Sanktionen?

Englische Verhandlungspläne.

Der „Temps“ macht die aufsehenerregende Mitteilung, daß England eine Note an die Völkervertragskonferenz gerichtet hat, um die Aufhebung der militärischen Sanktionen am Rhein anzuregen. Die Völkervertragskonferenz wird am 2. Dezember zusammentreten, um sich mit dieser englischen Note zu befassen, ebenso mit dem Vorschlag der Verminderung der militärischen Kontrollorganisationen in Deutschland.

Wenn sich diese Anregung Englands bestätigt und zum Beschluß erhoben werden sollte, so würde damit das lang ertragene Unrecht beseitigt werden, daß die Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort, die ohne jeden Grund immer noch von Entente-Truppen besetzt sind, endlich befreit würden. Ein solcher Schritt würde ganz in der Linie der sonstigen Verhandlungsbestrebungen liegen, die augenblicklich von London ausgehen, und über die Churchill dieser Tage u. a. erklärte, daß zur Erledigung der europäischen Fragen

ein dreiseitiges Abkommen

geschlossen werden müsse, nämlich ein freundschaftliches Abkommen zwischen England, Frankreich und Deutschland. Voraussetzung dafür ist selbstverständlich die Beseitigung derartiger Hemmnisse der nationalen und der wirtschaftlichen Freiheit, wie sie gerade in den sogenannten Sanktionen vorliegen, denn die Verhandlung soll ja in erster Linie wirtschaftliche Zwecke haben. Sehr treffend sind die entgegenstehenden Schwierigkeiten von dem amerikanischen Finanzmann Vandenberg mit den Worten gekennzeichnet worden:

„Jedermann außer Frankreich

gibt zu, daß die Deutschland auferlegten Reparationen unüberwindlich sind. Wenn die Reparationsbedingungen nicht wesentlich abgeändert würden, so würde Deutschland finanziell zusammenbrechen.“ Daher wird auch in England jetzt die Aufmerksamkeit auf diejenigen Dinge gelenkt, mit denen man einen Druck auf Frankreich ausüben kann. In erster Linie weist man darauf hin, daß Frankreich bei seiner Zwangspolitik gegen Deutschland eigentlich nur die eigenen Interessen und nicht die der gesamten Entente vertrete und sich besonders im Wiesbadener Abkommen Vorteile gesichert hat, die den anderen Gläubigern Deutschlands nicht zugute kommen.

## Wie stellen wir uns zu Polen?

(Von unserem händigen Mitarbeiter.)

Berlin, 30. November.

Die Vorbesprechungen in Genf, in denen die deutschen Delegierten Schiffer und Lewald mit dem Vorsitzenden Calonder und den polnischen Delegierten zum ersten Male Fühlung nahmen, haben sich zwar durchweg im Rahmen rein formaler Beratungen bewegt, aber das Problem der deutsch-polnischen Beziehungen ist dadurch doch wieder in greifbare Nähe gerückt. Die jetzt eingeleiteten Verhandlungen beruhen bekanntlich auf einem Diskurs der Entente und sind infolgedessen für uns unangenehm, als sie nicht vollkommen freie Vereinbarungen ermöglichen, die man eventuell in einzelnen Punkten abbricht oder verweigert, in denen keine Einigung zu erzielen ist, sondern es ist ein neutraler Vorsitzender eingesetzt, der in solchen Fällen selbst